

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Hefteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 27 M., ohne Zust. tragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Zeile 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingeladene und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 20

Dienstag den 25. Januar 1921

87. Jahrgang

An Stelle des infolge Verzugs aus dem Bezirksauschuss und aus der Bezirksversammlung ausgeschiedenen Lagerhalters Robert Helbig-Schmiedeberg ist auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen

1. Lagerhalter und Stadtrat Paul Naoko-Altenberg als Ersatzmann in den Bezirksauschuss und
2. Gemeindevorstand Theodor Otto-Dönschitz als Ersatzmann in die Bezirksversammlung

berufen worden.

Dippoldiswalde, am 12. 1. 1921. Nr 4 b und 5 b B. Die Amtshauptmannschaft.

Der mit Wirkung ab 1. April 1920 genehmigte IX. Nachtrag zur Gemeindesteuer-Ordnung für die Stadt Dippoldiswalde vom 17. Dezember 1915, die Zusatzsteuer vom reichssteuerfreien Einkommensteil betr. liegt von heute ab 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus — Stadtsteuer-Einnahme — aus.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 22. Januar 1921.

Druckmaschinen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne.

Dachrinnen betr.

Bei den in den letzten Tagen aufgetretenen Regengüssen ist zu beobachten gewesen, daß eine außerordentlich große Zahl von Dachrinnen an den Häuserfronten defekt ist, sodaß das angesammelte Wasser auf die den Fußweg benutzenden Fußgänger hinabfließt. Unter Bezugnahme auf § 5 der Straßenpolizeiverordnung werden die Grundstücksbesitzer hierdurch aufgefordert, fehlerhafte Dachrinnen und Abfallrohre sofort instand setzen zu lassen.

Dippoldiswalde, am 21. 1. 1921.

Der Stadtrat.

Rugholzversteigerung: Frauensteiner Staatsforstrevier.

Gasthof „zum goldenen Stern“ in Frauenstein, 31. Januar 1921 vorm. 9 Uhr: 82 ft. Stämme, 6864 ft. Röhre, 7/15 cm, 2573 ft. u. 8 eich. Röhre, 16/57 cm. Kahlschläge: Abt. 5, 18 u. 25. Durchforstungen: Abt. 4, 13 u. 56. Einzelhölzer: Abt. 1—6 C, 14, 17, 22, 48 u. 49; sowie 10 ft. Derb- und 110 ft. Reislängen in Abt. 23 A.

Postenverzeichnisse sind von der unterzeichneten Revierverwaltung zu beziehen.

Forstrevierverwaltung und Forstrentamt Frauenstein.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Bei der hiesigen Stadtkasse betrug der Umlatz im Monat Dezember v. J. in 5209 Posten 13 553 486,48 Pf. Für das Jahr 1920 ist ein solcher zu verzeichnen von 121 560 046,90 M. in 39 780 Posten, davon entfallen auf den Verkehr mit Bargeld 33 961 781,28 M. in 10 216 Buchungen, Dis- und Dischuldverkehr 23 474 918,56 M. in 12 108 Buchungen, Fernverkehr 64 123 347,06 M. in 17 456 Buchungen. Diesem Umlatz steht gegenüber der im Jahre 1919 mit 45 000 000 M. in 11 000 Posten. Der Giroverkehr bei der hiesigen Stadtkasse hat also im vergangenen Jahr, ganz besonders aber in den letzten Monaten einen glänzenden Aufschwung genommen. Wärdien die Kreise, die dem Giroverkehr noch fern stehen, recht bald die großen Vorteile, die dieser bergartige Zahlungsverkehr bietet, erkennen. Sie seien auch an dieser Stelle nochmals vor Augen geführt. Hohe Verzinsung der täglich zur Verfügung stehenden Gelder, kostenlose Überweisung jeder Summe nach allen Orten Deutschlands, Einzelburg und Einbürger von Schecks aller Art, Provisionen, Postl. usw. werden also bei der Stadtkasse nicht berechnet, Formulare, Scheckhefte unentgeltlich geliefert. Darum lasse sich jeder, der noch kein Girokonto hat, recht bald ein solches bei der hiesigen Stadtkasse im Rathaus (früheres Galzimmer nach Kiewand zu gelegen) eröffnen und den nötigen in rechter Weise; dann er nehme sich selbst dadurch, daß er für sein Geld, das er stets zur Verfügung hat, Zinsen genießt, er rüdt dem Stadtsäckel, denn durch gute Rentenföhrung hilft er zum Reingewinn beitragen, er nützet nicht zuletzt seinem Vaterlande dadurch, daß er den Notenumlauf einkümmert hilft und dadurch zur Hebung unserer Marktwährung beiträgt.

Dippoldiswalde. Die für Sonnabend nachmittag nach der Reichsversammlung einberufene Erwerbslosenversammlung, von mehr als 100 Personen besucht, wurde vom Einberufer pünktlich eröffnet, worauf der Referent, Herr Frenzel aus Dresden, Mitglied des Kreis-Erwerbslosenrates, das Wort erhielt. Er führte u. a. aus, Arbeitlose habe es schon vor dem Kriege gegeben, während desselben habe man dem Arbeiter alle möglichen Versprechungen gemacht, diese aber dann nicht gehalten. Nach dem Kriege habe das Erwerbslosentum in verstärktem Maße zugenommen. Die neue Regierung habe vor einem schweren Problem gestanden, das sie nicht löste. Eine Menge Verordnungen seien ergangen in der Sache, aber sozialer Geist atme die ganze Erwerbslosensorge nicht. Die Verelendung der Erwerbslosen nehme zu, besonders in der Großstadt. Es sei notwendig, daß die Erwerbslosen sich zusammenschließen. Im Dresdner Bezirk habe man das richtig erkannt. Die Erwerbslosen würden mit ihren von der Not diktierten Forderungen jetzt von der Gemeinde zum Staat, von diesem an das Reich und dort wieder an den Staat gewiesen. Überall erkenne man ihre Not an, Hilfe bringe man aber nicht. Besonders hätten auch die Gewerkschaften (die überhaupt arg gerannt wurden) versagt, ebenso die politischen Parteien. Schließlich habe als erste die kommunistische Partei sich bereit erklärt, die neuesten Forderungen der Erwerbslosen, die Redner näher erläuterte und begründete, im Landtage zu vertreten. Wenn man daraus die ganze Bewegung als kommunistisch darzustellen suche, so sei das Unwahrheit. Den Erwerbslosen könne man nicht verdenken, daß sie die Hilfe nehmen, wo sie sich bietet. Sie selbst aber hätten stets, auch bei den jüngsten Versammlungen und Demonstrationen, ein ganz besonderes Augenmerk darauf gerichtet, daß alles auf politisch neutralem Boden vor sich gehe. Die Erwerbslosensätze ständen unverändert auf dem Standpunkte, die Erwerbslosensätze gehe alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit an und müsse auch so gelöst werden. Falls sei auch, daß die Ver-

sammlung im Schützenhaus eine kommunistische Versammlung gewesen sei, wie in Zeitungsberichten zu lesen war. Daran ändere auch nichts der Umstand, daß ein Kommunist gesprochen habe. (Schreiber dieses wohnte jener Versammlung nicht bei, möchte aber bemerken, daß mindestens der Schein sehr für diese Ansicht gewesen sein muß, da auch Erwerbslose und selbst ein Erwerbsloser rat auf den Gedanken kamen, der übrigens Nahrung findet im Verhalten kommunistischer Führer.) Immer wieder wies Redner darauf hin, daß die Erwerbslosen sich rühren und rühren müßten, sonst ließe man sie verkommen. Die notwendigen Mittel seien beim Großunternehmertum mit seinen Riesengewinnen reichlich zu finden. Wirkliche Besserung könne allerdings nur die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung bringen. In der Aussprache nahm ein Dresdener Gewerkschaftsleiter die Gewerkschaften gegen die Vorwürfe in Schutz und erläuterte deren Standpunkt, die Beschaffung von Arbeit (die der Referent nicht erwähnt hatte) als das Wichtigere hervorhebend, schließlich aber ebenfalls die Umwandlung der Wirtschaftsordnung als notwendig, aber nur langsam durchführbar bezeichnend, wofür er allerdings nur wenig Anerkennung erntete. Das Warten habe man seit, komme was komme; Schlimmer könne es nicht werden usw. — eine Stimmung, die als Folge langer Arbeitslosigkeit eben schließlich erklärlich ist, im Ernst aber niemandem hilft; die aber — das Gefühl wird man doch nicht los — von kommunistischer Seite für eigene Zwecke benutzt wird. Herr Stadtrat Voigt nahm für das hiesige Gewerkschaftskomitee in Anspruch, alles für die Erwerbslosen Möglichste von Anfang an getan zu haben und nicht ohne Erfolg. Er erwähnte die Versammelten, wenn sie wieder Beschäftigung hätten, die Arbeitlosen nicht zu vergessen. In dieser Beziehung habe er wenig erfreuliche Erfahrungen schon machen müssen. Nach einem Schlusswort des Herrn Frenzel, der unter anderem erklärte, daß mit der Sozialisierung (das Wort selbst sei nicht Ernst gemacht werden müsse; recht wohl wisse man, daß man dann, wenigstens im Anfang, vielleicht mehr als 8 Stunden arbeiten müsse, man werde das aber gern tun, weil man dann nicht mehr für andere Klasse usw. Nach Beilegung eines „häuslichen“ Streites, dessen Ursache in der kommunistischen Gefahr für die Erwerbslosensache hauptsächlich lag, und der mit der Wiederbestätigung des Herrn Heilmann als Vorsitzenden des Erwerbslosensrates sein Ende fand, wurde die Versammlung nach mehr als drei Stunden geschlossen.

Am gestrigen Sonntag fand die Ergänzungswahl des Kirchenvorstandes statt. Von 537 Kirchengemeindegliedern, die sich zur Wahlliste angemeldet haben (Dippoldiswalde 448, Elend 11, Oberhäalch 34, Ueberndorf 44 (machen 197 Gebrauch, 49 weniger als bei der vorigen Wahl. Es erhielten an Stimmen und wurden gewählt: für Dippoldiswalde Brandversicherung-Inspektor Pöhlers 163, Stadtkassierer Schubert 159, Lehrer Unger 157, Weichenwärtler Moritz Müller 157 (neu); Die nächsthöchste Stimmenzahl betrug 6, so daß die Wahl der Genannten mit außerordentlich großer Mehrheit erfolgte. Aus Elend erhielt Gemeindevorstand Pöschel (neu) 4 Stimmen von 5, aus Oberhäalch Gemeindevorstand Müller (neu) 7 von 10, aus Ueberndorf Privatant. Schmidt 11 (einstimmig). Die Einweisung der wieder bezw. neuwählten Kirchenvorsteher findet am nächsten Sonntag im Vormittagsgottesdienst statt — Nächsten Sonntag Abend 8 Uhr soll Kirchengemeindeversammlung im Saale der Reichstrone gehalten werden. Neben Bericht über Gemeinde und Landeskirche kommen wichtige das kirchliche Leben betreffende Fragen, u. a. Gebühreordnung, zur Aussprache. Doch wird auch ein Vortrag gehalten werden, von Herrn Referendar Ritzke über Beethoven; Gesänge des

Kirchenchors und Klavierkonzerte — beides Beethoven'sche Kompositionen — werden denselben einrahmen. Rag die Versammlung recht zahlreich von Stadt und Land besucht sein!

— Durch amtliche Bekanntmachung hat der Stadtrat hier für Dienstag den 25. Januar 1921 zu öffentlichen Vorträgen im Rathausaal eingeladen. Nachmittags 5 Uhr spricht Herr Stadtbauinspektor Sieck-Dresden, Dozent an der technischen Hochschule, über neuzeitlichen Städtebau an Hand eines Gesamtbebauungsplanes für Dippoldiswalde. Anschließend hält um 1/2 7 Uhr Herr Ingenieur Hähn-Cohmannsdorf einen Vortrag über Zentralheizungsanlagen und ihre Wirtschaftlichkeit, sowie über wirtschaftliche Heizung überhaupt. — Wir machen auch an dieser Stelle nochmals auf diese Vorträge aufmerksam. Beide sind für die Allgemeinheit von so großer Wichtigkeit, daß es nur wünschenswert wäre, wenn außer den Mitgliedern der städtischen Kollegien und den städtischen Beamten und Angestellten auch recht viele andere Einwohner sie mit anhören würden.

— Im Verein „Bild zu“ hielt am Sonnabend Herr Gewerbeoberstudienrat Ingenieur Müller, Direktor der Deutschen Wullerschule, einen Vortrag über Professor Einsteins Relativitätstheorie, nach der Raum und Zeit, bisher als etwas Bestimmtes und Unabänderliches angenommen, nicht mehr absolut, sondern relativ sind, d. h. nicht ohne Beziehung auf andere Werte gedacht werden können. An Beispielen behandelt und an Formeln berechnet, legte Herr Müller eingehend und verständlich Einsteins Lehre dar, die man nicht mehr als Theorie, sondern als Weltanschauung betrachten müsse. Herr Ingenieur Müller hat sich bereit erklärt, diesen hochinteressanten Vortrag im Gewerbeverein einem größeren Zuhörerkreis zugänglich zu machen. Im weiteren Verlaufe gedachte noch der Altver Herr Fritz Eißner der 50. Wiederkehr des Reichsgründungstages, zum Schluß aufzufordern, fest und trenn zu unserem deutschen Vaterlande zu stehen.

— Für Sonntagabend hatte nach längerer Pause die Direktion Baumann wieder einen Theater-Abend angelegt. Auf dem Zettel stand: „Aus ein Traum“, „ein Spiel vom Malergarder“. Mancherlei andere Bergzungen hatten bewirkt, daß nur ein schwaches Haus der Ausführung folgt. Die gute Darstellung und aller Eifer der Rolleninhaber konnte dem Stück, wo Malergarder und gutangesehene Maler zum Scheitern verurteilt, verprägt mit einigen guten und saden Wigen, nicht viel abgewinnen und nur schwachen Beifall hervorzulufen.

— In der am 19. ds. Mts. unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Hamann stattgefundenen Vorstandssitzung der priv. Schützenvereinsgesellschaft, wurde beschlossen, am Montag den 31. ds. Mts. die Hauptversammlung in der „Alten Post“ abzuhalten und in derselben den Jahres- und Kasienbericht entgegen zu nehmen, sowie die Jahrgesamten Vorstandswahlen, die Nichtigspruchung der Jahresrechnung auf 1919 und eine Beschlußfassung über ein eventuell abzuhaltendes Fastnachtsvergnügen vorzunehmen. Von einer Angelegenheit des Kasienstrandes und der Verlagerung des Vertrages zwischen dem Stadtrat und der Gesellschaft, Jahrmarschbuden betreffend, nimmt man Kenntnis und erledigt noch weitere innere Angelegenheiten der Gesellschaft.

Falkenau bei Oederan. Die freiwillige Feuerwehr hat sich in dankenswerter Weise bereit erklärt, durch Stellung von Nachwachen der jetzigen Unsicberheit zu steuern. Die bei den Nachwachen mitwirkenden Feuerwehrleute sind für diese Tätigkeit mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet. Ihren Anordnungen ist Folge zu leisten.

Taura. Im Gefängnis erhängte sich der Strohstapfmeister Volgt von hier, gegen den ein Verfahren schwebt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Januar.

Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Nach dem Einkommensteuergesetz soll das Jahr 1920 doppelt veranlagt werden. Dadurch entstehen Härten, die nun durch die Vorlage beseitigt werden sollen. Jetzt soll die Veranlagung nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres erfolgen.

Abg. Keil (Soz.): Die Steuerlast, die der deutschen Arbeiterschaft zugemutet wird, ist um so ungewisser, als man jetzt versucht, die gesamten Besteuerungen abzubauen. Geht das so weiter, wird der Übergang des Deutschen Reiches nicht aufzuhalten sein.

Abg. Dr. Helfferich (Dnat.): Sicher ist es eigentümlich, daß das Einkommensteuergesetz, obwohl erst ein Jahr alt, bereits mehrere Rinder hat, und dieser Rinderlegen dürfte mit der vorliegenden Novelle noch nicht beendet sein. Der wichtigste Mangel, der der deutschen Steuerrechtsgebung als Ganzem anhaftet, ist ihre komplizierte Konstruktion: sie macht die Durchführung zu einer Unmöglichkeit.

Obwohl man ursprünglich auf eine Debatte verzichtet wollte, entwickelte sich im Anschluß an die Ausführungen der beiden ersten Redner eine längere Debatte über steuerrechtliche und finanzpolitische Fragen, an der sich u. a. die Abgg. Pompl (Ztr.), Herz (U. Soz.), Beder (D. Sp.), Füllw. (Komm.) und Wohlmann (Dem.) beteiligten. Auch der Finanzminister Dr. Wirth greift in die Debatte ein, um einzelne Behauptungen richtig zu stellen. Dann wird die Vorlage dem Ausschuss überwiesen.

Damit verläßt sich das Haus auf Montag 1 Uhr.

Deutschland muß zahlen.

Eine neue Erklärung Briands.

Der französische Ministerpräsident Briand hat in der Kammer nochmals das Wort ergriffen, um das Parlament darüber aufzuklären, wie er in der Konferenz der Entente-Minister die Interessen Frankreichs wahrzunehmen gedenkt. Er fühlte offenbar das Bedürfnis, seine erste Erklärung gegen Deutschland zu verschärfen und malte zu dem Zweck das Märchen von dem „Wohlergehen Deutschlands“ und dem „Ruin Frankreichs“ noch weiter aus.

Briand erklärte, wenn Deutschland mit seinen unbedenklichen Vergewerken und Fabriken sich alle Weltteile öffnen könnte, würde die von ihm Angegriffenen ihm verschaffen. Die Regierung des französischen Volkes wolle die Verpflichtung, ihm die Ergebnisse des Sieges zum Bewußtsein zu bringen. Er beabsichtige, bei den Alliierten durchzusetzen, daß unmittelbare Ergebnisse erzielt werden, die Frankreich es möglich machen, nicht mehr neue fiskalische Opfer zu bringen. Wir werden, fuhr Briand fort, in die Konferenz gehen als Gläubiger. Sollte der Schuldner sich zahlungsunfähig erklären, dann werde ich die Gründe des Schuldners nur unter dem Vorbehalt ernster Prüfung annehmen.

Die Alliierten müssen sich Rechenschaft geben von den finanziellen Möglichkeiten Deutschlands. Es wäre der schlechteste Augenblick, wenn sich heute die Alliierten für die Zukunft festlegen würden. Deutschland befindet sich augenblicklich auf dem tiefsten Stand seiner Leistungsfähigkeit. Wir müssen Vorbehalte für die Zukunft machen, um nicht die Vereinbarungen zu sein.

Deutschland besitzt eine ungeheure Produktionskraft.

Man muß also sofort provisorische Ergebnisse erzielen und andere sich für die Zukunft vorbehalten, oder man muß aus der unklaren Lage ersehen, ob es möglich ist, sofort Finanzergebnisse zu erzielen, und den Krieg wieder aufnehmen. (Lebh. Weisfall.) Die Alliierten haben das Recht, festzustellen, ob Deutschland alle fiskalischen Anstrengungen gemacht hat, oder ob es einen großen Teil seiner Hilfsmittel verheimlicht. Vor dem Kriege gab es 1/2 Million Beamte in Deutschland, jetzt sind es 2 Millionen. Während des Krieges hat Frankreich Geld im Ausland geliehen, Deutschland hat sich aber nichts geliehen. Wenn die Kräfte Deutschlands leer sind, so haben sich die Privatleute bereichert. Deutschlands Privatleute müssen jetzt dafür solidarisch sein, daß es seine Pflichten erfüllt. Weiterhin erklärte Briand: Die französische Regierung wäre aber in hohem Grade leichtfertig, wenn sie nicht alle Mittel erschöpfen würde, bevor sie ihre Zuflucht zur Gewalt nehme.

Es wäre gefährlich, zur Gewalt zu greifen, ohne Verhandlung mit den Alliierten. Wenn diese nicht vollkommene Einigkeit des Handels bewiesen, so würden sie Deutschland die Möglichkeit geben, sich seinen Schulden zum größten Teile zu entziehen. Wenn aber die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festgesetzt ist, dann muß sich Deutschland dessen bewußt sein, daß es dem Zwange nicht entgehen wird, wenn es versuchen sollte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Hierauf nahm die Kammer eine Vertrauensstimmungsabstimmung mit 475 gegen 68 Stimmen an.

Schon in seiner ersten Erklärung hatte Briand die alte Lebensart aufgegriffen, daß bei der zu erwartenden schnellen Wiederherholung Deutschlands das Wohlergehen des deutschen Volkes und der Ruin des siegreichen Volkes die heiligsten Gefühle Frankreichs verletzen müsse. In der neuen Rede schlägt er eine bedeutend schärfere Tonart an, offenbar will er damit die maßlosen Forderungen Frankreichs vor der ganzen Welt zu rechtfertigen suchen.

Es gehört wahrhaftig schon ein starkes Stück Phantasie dazu, um bei der drückenden Notlage Deutschlands von einem Wohlergehen des deutschen Volkes sprechen zu können. Sollte Briand wirklich keine Kenntnis haben von den entsetzlichen Wirkungen der Hungersnot, von dem unbeschreiblichen Elend der unterernährten Kinder, weiß er nichts von dem wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands, von dem Millionenhaufen von Arbeitslosen, von dem Mangel an Kohlen und Rohstoffen, von dem Tiefstand unserer Valuta, der eine Bänderung unserer Lebensverhältnisse nahezu unmöglich macht?

Briand vermag mit seinen Ausführungen vielleicht das französische Volk zu überzeugen, in den kriegführenden Ländern aber kommt man nicht zu demselben Mittel-

mächte. Überall in der Welt rühren sich mildtätige Hände, um die bitteren Wirkungen des Krieges abzumildern und der traurigen Not abzuhelfen. Nur in Frankreich wird künstlich der Glaube genährt, daß wir in Ueberfluß und in den besten Verhältnissen leben. Briand leistet dem französischen Volke sicherlich keinen guten Dienst, wenn er um des Weisfalls der chauvinistischen Kammermehrheit willen ihm immer wieder vorredet, daß das deutsche Volk alles zahlen könne und müsse. Die Enttäuschung dürfte nachher um so größer sein, wenn das französische Volk erst erkennt, daß seine Regierung es über den wahren Sachverhalt im Unklaren gelassen hat.

Die letzte Gelegenheit.

Auch England droht.

Zugleich mit der neuen Rede Briands werden auch in England schärfere Töne laut. Nach einer Neutermeldung wird mit Rücksicht auf die Anwesenheit Bergmanns und der deutschen Finanzsachverständigen in Paris und in Verbindung mit der Konferenz der Premierminister von britischen autoritativen Kreisen erklärt, die Deutschen müßten verstehen, daß jetzt die letzte Gelegenheit sei, die sie hätten, um ihren eigenen Reparationsplan den Alliierten zu unterbreiten. Diese forderten nichts Unvernünftiges. Sie hätten schon große Zugeständnisse gemacht. Zweifellos würden die Deutschen dies verstehen und wissen, daß man, wenn nichts getan wird, die Lösung über ihre Köpfe hinweg finden werde.

Während die englische Regierung sich bis vor kurzem gegen die französischen Reparationspläne völlig ablehnend verhalten hat, läßt sie jetzt in das gleiche Horn wie das Pariser Kabinett. Sie stellt sich sehr entrüstet darüber, daß Deutschland die Ententevorschlüsse nicht ohne weiteres annehmen will. Ja, die „autoritativen Kreise“ tun gerade so, als ob die Alliierten uns bei der Festsetzung einer jährlichen Entschädigungszahlung von „nur“ 3 Milliarden Goldmark für die nächsten fünf Jahre ein überaus großes Entgegenkommen gezeigt und große Mäßigung an den Tag gelegt hätten. Sie sprechen von „großen Zugeständnissen“, ohne daß sich jetzt ein greifbarer Beweis dafür vorhanden wäre. Und auf Grund dieser vagen Behauptungen wird dann mit einem neuen Gewaltakt gedroht.

Dessen hätte es wahrhaftig nicht bedurft. Deutschland hat durch den Verzicht auf die Gesamtsumme seine Bereitschaft zu einer gütlichen Verständigung mehr als genügend zu erkennen gegeben. Es muß allerdings verlangen, daß ihm die Alliierten die Erfüllung seiner schweren Verpflichtungen ermöglichen. Deswegen hat es die bekannten fünf Vorbedingungen gestellt, ohne die jeder Versuch einer Wiedergutmachung von vornherein aussichtslos sein muß.

Wir müssen aber auch die Gewähr haben, daß die ersten Jahreszahlungen an die Entente auf die Gesamtsumme angerechnet werden. In Frankreich hegt man nämlich in dieser Beziehung einen neuen Hintergedanken. Briand sprach in seiner Programmrede von der „Forfaitsumme“, mit welchem Namen man neuerdings in Frankreich den Plan der fünfjährigen Millardenraten umschreibt. Frankreich will Deutschland nämlich zur Zustimmung zu der „Pfandzahlung“ oder „Abschlagszahlung“ bringen, die man aber gleichzeitig doppeldeutig auch Verfallsumme, Reuegeld (forfait) benennt. Nach Ablauf der fünf Jahre soll uns dann erst die ungeheureste Hauptforderung überreicht werden, auf die man, falls Deutschland Zahlungsfähigkeit vorhält, die „Verfallsumme“ gar nicht anrechnen will.

Angesichts dieser wenig Vertrauen erweckenden Ententepolitik kann es nicht wundernehmen, daß die deutsche Regierung, und vor allem unsere Delegation in Paris, die „Verständigungsvorschläge“ mit größter Vorsicht aufnimmt und trotz aller Drohungen der Gegenseite nicht eher ihre Zustimmung zu dem neuen Entschädigungsverfahren gibt, als bis die fünf Vorbedingungen, die jetzt noch von der gesamten Ententepresse als unannehmbar bezeichnet werden, restlos erfüllt sind.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Die deutsche Antwort für Brüssel.

Das Arbeitslosenproblem gehört zu den brennendsten Fragen der Gegenwart. Von geringen Schwankungen abgesehen, hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges immer bedrückendere Formen angenommen, ohne daß bis heute eine Lösung dieser für unsere Zukunft so überaus wichtigen Frage gefunden wäre. Deutschland ist eben, wie unsere Vertreter in Brüssel unumwunden erklärt haben, nicht imstande, aus eigener Kraft die unüberwindlichen Hindernisse für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus dem Wege zu räumen. Dieser Beweiskörperung konnten die Alliierten sich nicht verschließen und mußten daher notgedrungen auch dieses Problem in den Kreis ihrer Erwägungen ziehen. Um sich die Unterlagen für eine genaue Beurteilung dieser Frage zu verschaffen, haben sie die deutsche Regierung in einer der vielgenannten 41 Fragen um Auskunft darüber gebeten, welches eigentlich die hauptsächlichsten Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland sind.

In der deutschen Antwortnote werden die Gründe der Arbeitslosigkeit ausführlich dargelegt. Die Reichsregierung führt die gegenwärtige Arbeitslosigkeit auf Ursachen zurück, die noch auf die Kriegszeit und die ersten Friedensverhandlungen zurückzuführen. Dies gilt vor allem für die Störung der Ur- und Halbfabrikationsproduktion, die nur sehr langsam durch allmähliche Erneuerung ihrer Betriebsanlagen die Nachwirkungen des Kausbau es während des Krieges beheben kann. Die beträchtliche Verringerung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft verstärkt diese Hem-

nungen des Produktionsaufbaues. Dazu treten die Wirkungen des

Fortfall des wertvoller Produktionsgebiete

Infolge des Versailler Vertrages und die Behinderung des überseeischen Verkehrs für die deutsche Aus- und Einfuhr durch den Verlust der deutschen Handelsflotte. Wegen des andauernden Tiefstandes der deutschen Valuta konnten der deutschen Industrie die nötigen Rohstoffzufuhren nicht zugeführt werden. Auch die in den letzten Monaten gesteigerte Kohlenförderung konnte wegen der Lieferverpflichtungen auf Grund des Abkommens von Spa nicht für die Ausdehnung der Produktion nutzbar gemacht werden.

Neuerdings ist bei den mittleren und kleineren Unternehmungen besonders der Mangel an flüssigem Betriebskapital spürbar, der die dringend erforderliche Erneuerung der Betriebsanlagen unmöglich macht und in vielen Fällen zu Stilllegungen, mindestens aber zu beträchtlichen Betriebsbeschränkungen führt. Die Ursache für die Kapitalnot ist in erster Linie die wachsende Geldentwertung. Durch die bevorstehende Erhebung der großen Vermögenssteuer wird dieser Zustand noch verschärft werden.

Der andere Faktor, der in erster Linie die Zweig der Produktion für den inländischen Massenbedarf bedroht, ist die

starkende Kaufkraft der Bevölkerung.

Die Kosten für die Inflation des Valutastandes übermäßig verteuerten eingeführten Lebensmittel nehmen einen immer größeren Teil des erheblich gesunkenen Realeinkommens der Bevölkerung in Anspruch, und damit verringert sich für die Industrie die Möglichkeit des Absatzes im Inland.

Zu diesen Schwierigkeiten, die sich dem Absatz im Inland entgegenstellen, treten Hemmnisse für die Ausfuhr. Hier macht sich in steigendem Maße der Ausfall des gerade für Deutschland wichtigen europäischen Marktes und der Verlust vieler überseeischer Handelsbeziehungen sowie die in fast allen Ländern eingetretene Absatzstörung geltend.

Die Zahl der unterjähren Erwerbslosen

In Deutschland wird auf 400 000 angegeben, in Wirklichkeit muß aber die Zahl der Erwerbslosen nach übereinstimmender Schätzung der Sachverständigen mindestens doppelt so hoch angenommen werden. Neben dieser völligen Erwerbslosigkeit besteht, und zwar in noch größerem Umfang, eine teilweise, die sogenannte „Kurzarbeit“. Auf Grund von Demobilisierungsverordnungen ist nämlich den Arbeitgebern in Deutschland Entlassung von Arbeitnehmern nur gestattet, wenn ihnen nach den Verhältnissen des Betriebes keine Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch Verfüzung der Arbeitszeit für die anderen Arbeitnehmer zugemutet werden kann, wobei die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers bis auf 24 Stunden, also bis auf die Hälfte, herabgesetzt werden muß. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt zurzeit etwa zwei Millionen.

Neben die auf Verordnungen beruhende Kurzarbeit tritt schließlich noch eine andere Form der Arbeitslosigkeit auf in Fällen, wo kein rechtlicher Zwang dazu besteht. Nicht wenige Unternehmer nämlich halten zurzeit in ihren Betrieben eine weit größere Zahl von Arbeitern, als nach dem Umfang der Beschäftigung an sich erforderlich wäre, teils, weil sie erprobte Arbeitskräfte nicht verlieren wollen, teils aus Rücksicht auf ihre Arbeitnehmer und deren Familien und zum Teil wohl auch, weil sie Schwierigkeiten und Streitigkeiten mit den Arbeitnehmern infolge von Teilentlassungen vermeiden wollen. Aus naheliegenden Gründen ist diese „versteckte Erwerbslosigkeit“ statistisch nicht zu erfassen.

Polnische „Dementis“.

„Nur einzelne Regimenter“ an der deutschen Grenze.

Die polnische Gesandtschaft in Berlin läßt sich demüßigen, die deutschen „Alarmmeldungen“ über angebliche große Zusammenziehungen polnischer Truppen in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze als „völlig unbegründet“ aufs entschiedenste zu dementieren. Es handele sich nur um die Zurückziehung einzelner Regimenter (?) von der östlichen Front, die Zweck Demobilisierung gemäß der Rigauer Beschlüsse nach dem Standort ihres Ersatzbataillons beschränkt worden seien. Einen gewissen Einfluß auf die Truppenverteilung hätten auch die günstigeren Verpflegungsbedingungen in den westlichen polnischen Provinzen.

Demgegenüber wird in der „Ostpreussischen Zeitung“ auf Grund zuverlässiger Nachrichten festgestellt, daß außer den 280 000 regulärer Truppen noch gegen 160 000 irreguläre Truppen in der Sammlung begriffen sind. Ueber die wahren Absichten der Polen, so heißt es in der Mitteilung der „Ostpreussischen Zeitung“ weiter, kann kein Zweifel mehr bestehen. Unter Leitung französischer Offiziere wird Uebernahme der Vervollständigung der Ausrüstung und Bewaffnung der polnischen Armee gearbeitet. Ueberall werden an den deutschen Grenzen Munitions- und Waffendepots eingerichtet. Polen rüstet zum Einmarsch nach Deutschland, wenn wir uns irgendwo der Besetzung Oberschlesiens durch die Polen im Falle eines ungünstigen Abstimmungs widersetzen sollten.

In diesen Tatsachen kommt schließlich auch die polnische Gesandtschaft nicht vorüber. Trotz aller Dementis hat man in Deutschland allen Anlaß, die polnischen Versicherungen mit größtem Mißtrauen anzunehmen und gerade wegen dieser nichtsagenden Dementis besonders auf der Hut zu sein.

Ein polnischer Waffentransport beschlagnahmt.

Wozu die polnischen Munitionsdepots an der oberschlesischen Grenze dienen, wird jetzt durch die Beschlagnahme eines polnischen Waffentransportes klar erkennbar. Sonnabend früh gegen 5 Uhr ist bei Kuplow im Kreise Hybnit ein polnischer Waffentransport beschlagnahmt worden. Auf vier Wagen sind 13 Maschinengewehre, 20 Referevuläufe, 140 Kisten mit 5600 Schußmunition, 100 Handgranaten und 100 Wurfgrenaten von der polnischen Grenze aus dem Dorfe Gahfforska herübergekommen. Die Waffen werden von einer Streife internationaler Truppen und

Der, alles bekannte Boyen aus Kalkowitz, sind ent-
flogen. Der Kreisfiskus hat sich an Ort und
Stelle begeben und die Untersuchung aufgenommen.
Endlich also ist einmal einer der zahllosen Waffen-
transporte beschlagnahmt worden. Wie viele Waffen
aber mögen vordem schon über die Grenze geschmug-
gelt worden sein!

Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. Januar 1931.

Der ostpreussische Generallandtag wählt
den Landesökonomierat Scheu als Nachfolger Kapp zum
Generallandtschaftsdirektor.

Wie der „Postboten Anzeiger“ aus Schwerin meldet,
werden die Neubahlen zum Schweriner Land-
tag, dessen Auflösung mit größter Wahrscheinlichkeit am
Dienstag erwartet werden muß, für Sonntag, den 13. März,
vorbereitet.

Die Verhandlung in der Sozialisierungsfrage?
Der Verhandlungsausschuß der Sozialisierungskom-
mission des Reichswirtschaftsrates, der seit einigen Ta-
gen in Essen seine Beratungen wieder aufgenommen
hat, hat seine Verhandlungen abgeschlossen. Die Ver-
handlungen haben, wie verlautet, zu einer Verstan-
digung auf der Grundlage des von Direktor Krä-
mer ausgearbeiteten Entwurfes, mit dem auch in der
Hauptfrage das Programm des christlichen Bergarbeiter-
führers Imbusch übereinstimmt, geführt. Das Ergeb-
nis der Verhandlungsverhandlungen wird demnächst
den Reichswirtschaftsrat beschäftigen.

Braunschweig für die Forderungen der Arbeits-
losen. Die sozialistische Mehrheit des braunschwei-
gischen Landtages beschloß, einen kommunistischen An-
trag, der eine 100prozentige Erhöhung der Unter-
stützung für sämtliche Arbeitslosen, die Zahlung der
Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit
und Wirtschaftsbekämpfung in Höhe von 400 bzw. 600
Mark fordert, der Reichsregierung zu übermitteln und
mit Nachdruck für die Erfüllung der in Form eines
Ultimatums an den braunschweigischen Landtag
von den Arbeitslosen gerichteten Forderungen einzu-
treten.

Zentrum und Reichsfraktion. Ueber die Stellung
der Zentrumsfraktion des Reichstages zu der von der
Deutschen Volkspartei beabsichtigten Abstimmung über
die Wiedereinführung der alten Reichsfraktion erklärt
die parteipolitische „Centrums-Parlaments-Correspon-
denz“:

Das Zentrum, das sich im vorigen Jahr in Weimar
zunächst nur schwer hat entschließen können, die alten
Reichsfraktionen schwarz-weiß-rot anzunehmen, glaubt in-
dessen, daß die Gründe, welche die Nationalversammlung in
Weimar veranlaßt haben, schwarz-weiß-rot durch schwarz-
rot-gold zu ersetzen, auch heute noch von ausschlag-
gebender Bedeutung sind, namentlich auch unter
Berücksichtigung des früher oder später zu erwartenden
Anschlusses Deutsch-Oesterreichs. Wenn Zentrum machen
sich aber auch noch andere Gründe gegen die Anregung
der Deutschen Volkspartei geltend. Es ist in der Tat zu
bedenken, daß durch einen solchen Volksentscheid eine
tiefe Zerküftung in das deutsche Volk hin-
eingetragen wird, welches sich leicht in zwei Parteien
spalten könnte. Eine solche Zerküftung ist aber unseres
Erachtens bei den heutigen schwierigen Verhältnissen zu
vermeiden. Gerade jetzt müßte alles zurückgestellt werden,
was geeignet ist, die ohnehin nicht allzufrische Einigkeit
im deutschen Volke zu erschüttern.

Unter diesen Umständen, erklärte die C. P. C.
zum Schluß, wäre es außerordentlich wünschens-
wert, wenn die Deutsche Volkspartei sich entschließen
würde, von ihrem Antrage Abstand zu nehmen.
Die Zentrumsfraktion des Reichstages würde
kaum in der Lage sein, einem solchen Antrage zuzu-
stimmen.

Die Technische Rothhilfe im Rheinlande ver-
boten. Nach einer Verlautbarung im „Echo du Rhin“
hat die Interalliierte Rheinlandkommission in ihrer
Sitzung am 18. Januar beschlossen, die Einrichtung
einer Technischen Rothhilfe im besetzten Gebiet ange-
sichts des allgemeinen Charakters dieser Einrichtung
abzulehnen, deren Betätigung durch ein Berliner Zen-
tralbureau erfolgen und so der Kontrolle der Be-
satzungsbehörden entzogen sein würde. — Daß man
im Rheinland die Feuerwehre noch nicht aufgelöst hat,
ist beinahe ein großes Wunder; denn sie trägt doch
sogar Uniform, während die Mitglieder der Technischen
Rothhilfe ihren Dienst in Zivilkleidung versehen.

Wahlaufruf des Reichslandbundes. Zu den
Preußenwahlen erhebt der Reichslandbund, die größte
berufständische Organisation der Landwirtschaft, in sei-
nem Wahlaufruf zwölf Forderungen, in denen u. a.
Fachminister, besonders für die Landwirtschaft, und
Abkehrung jeglicher Sozialisierungsversuche sowie jeder
Sonderbesteuerung des Haus- und Grundbesitzes, ver-
langt werden. Die Wahlbeteiligung des gesamten wahl-
berechtigten Landvolkes sei diesmal besonders wichtig,
weil gleichzeitig auch die Entscheidung über die Zu-
sammensetzung der Kreis- und Provinziallandtage fällt.

Bestandsaufnahme sämtlicher Transportmittel
im Rheinland. Unter dem Vorwand einer gegebenen-
falls notwendigen Verhängung des Belagerungszustan-
des hat die Rheinland-Kommission eine Bestandsauf-
nahme sämtlicher Transportmittel (Pferde, Wagen,
Automobile, Fahrräder und Motorräder) angeordnet.
Die Bestandsaufnahme erstreckt sich auf alle Vorräte
dieser Art, die für militärische Zwecke geeignet sind,
und auf Fabriken, gleichgültig, ob sie öffentliche oder
private Unternehmung sind. Der Reichskommissar für
die besetzten rheinischen Gebiete hat gegen die Ver-
ordnung Protest erhoben. Diese Verordnung geht
weit über das hinaus, was die Interalliierte Rheinland-
kommission sowohl auf Grund des Rheinlandabkom-
mens als auch auf Grund des Friedensvertrages ver-
langen kann. Es ist außer Zweifel, daß solche weit-
gehenden Forderungen, die zweifellos eine völlige Aus-
plünderung der deutschen Industrie und eine schwere
Schädigung von Handel und Gewerbe nach sich ziehen
würden, keineswegs durch einen Hinweis auf eine viel-
leicht notwendig werdende Verhängung des Belage-
rungszustandes gestellt werden können.

Die deutsche Antwort für Gräffert „befriedigend“.
„Times“ melden, daß die deutsche Antwort auf die

von den alliierten Finanzfachverständigen den deut-
schen Sachverständigen in Brüssel unterbreiteten Fragen
von den alliierten Vertretern als sehr befriedi-
gend angesehen wird, da die Reparationen aus dem
Reich der Theorie in das Reich der harten Wirklichkeit
bringe. Das überraschendste Ergebnis der letzten Brüs-
seler Konferenz sei für die Alliierten die Tatsache ge-
wesen, daß die Menge der Zahlen bezüglich der tat-
sächlichen Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands so
gering sei.

Englands Programm für Paris.

Lord George erklärte zu der Rede Briand's, daß
England und Frankreich in der Frage der Entwaffnung
und Reparationen zusammengehen werden. In der Ent-
waffnungsfrage werde der erste Schritt eine Note an
Deutschland sein, in der eine Zeitgrenze festgesetzt werde.
Bezüglich der Entschädigung bestehe aller Grund zur
Annahme, daß die Alliierten den Vorschlag der Kom-
mission, Deutschland fünfjährige Zahlungen von je
150 Millionen Pfund Sterling (gleich 3 Milliarden
Goldmark) aufzuerlegen, annehmen werden.

Der belgische Ministerpräsident hat sich dahin
ausgesprochen, daß die Höhe der deutschen Schuld ein
für allemal bestimmt werden müsse, und zwar in der
Form, wie sie der Vertrag von Boulogne vorsehe:
eine vollständige Bestimmung der deutschen Entschä-
digung in der Höhe von 120 Milliarden Goldmark,
zahlbar in 37 Jahren. Bekanntlich haben sich auch
die alliierten Sachverständigen dafür entschieden, die
Gesamtsumme der von Deutschland geschuldeten Summe
dürfe nicht unter die Summe gehen, die das Abkommen
von Boulogne festgesetzt habe. Der Bericht spricht auch
dafür, daß der Gesamtbetrag so rasch wie möglich
festgesetzt werde.

Rundschau im Auslande.

In Fiume meuterte das 2. Bataillon der Stadt-
miliz und beging Gewalttaten gegen die Bürger. Das
italienische Militärkommando ließ 1000 italienische Ge-
wärtigen einmarschieren, um die Ruhe wieder herzustellen.

Polen: Wiederaufnahme der deutsch-polnischen
Verhandlungen.

Die polnische Delegation bei der Vorkonferenz
hat eine Note überreicht, in der sie die Wiederaufnahme der
deutsch-polnischen Verhandlungen bezüglich der Grenzen, der
Kirchengüter, der Militär- und Zivilpensionen, der von der
deutschen Regierung mit polnischen Staatsbürgern abge-
schlossenen Verträge, der Herausgabe der Akten und Doku-
mente, die sich auf das abgetretene Gebiet beziehen und die
Regelung verschiedener Finanzfragen verlangen. Die Vor-
konferenz antwortete am 15. Januar mit einer Note,
in der sie vorschlägt, daß die Verhandlungen unter dem
Vorbehalt des Sachverständigen der Vorkonferenz wieder
aufgenommen werden sollen. Der deutschen Regierung sei
dieser Vorschlag gleichfalls unterbreitet worden.

Oesterreich: Die Anschlussbewegung in Oesterreich
erstickt.

Die Anschlussbewegung geht immer weitere Kreise.
Die Tagung der nationalsozialistischen Vertreter hat be-
schlossen, an die Landesregierung heranzutreten, sich un-
verzüglich über die Abstimmung über den Anschluss an Deutsch-
land mit der Bundesregierung ins Einvernehmen zu setzen,
den Landtag raschstens einzuberufen und die Anschlussfrage
als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die
übrigen Parteien werden ersucht, gleichfalls die Einberu-
fung des Landtages zu verlangen und in der Behand-
lung der Anschlussfrage jede Parteipolitik auszuschalten.
— Einen ähnlichen Beschluß hat auch der Tiroler Land-
tag gefaßt. Der Dringlichkeitsantrag der Großdeutschen
beiz. die Volksabstimmung über den Anschluss an Deutsch-
land wurde einstimmig angenommen, desgleichen ein sozial-
demokratischer Antrag, die Volksabstimmung zu beschleunigen
und die Bundesregierung aufzufordern, daß sie an den
Bündlern und wegen Aufhebung des Anschlussverbotes her-
antrete.

Italien: Die Spaltung der italienischen Sozialisten
vollzogen.

Auf dem italienischen Sozialistenkongreß in Livorno
wurden bei der Abstimmung 98 000 Stimmen für die Uni-
tarier, 58 000 Stimmen für die Kommunisten und 14 600
Stimmen für die Konzentrationisten (rechter Flügel) abge-
geben. Nach dem Ergebnis verließen die Kommunisten den
Kongreß und gründeten eine besondere kommunistische Par-
tei als italienische Sektion der dritten Internationale.

Irland: Der britische Brandfeldzug.

In der Stadt Cork wurden neuerdings zur Strafe
für die Ermordung von zwei britischen Detektivs zwei
Warenhäuser in die Luft gesprengt. In Dublin
hat der Militärkommandant angedroht, daß, da die Angriffe
auf Wagen und Autos, die Truppen und Polizei transportie-
ren, nicht aufhören, bekannte Zerstörer diese Wagen
als Geiseln begreifen werden. Die britische Polizei über-
raschte 50 bewaffnete Männer, die einen Überfall in der
Grafschaft Clare vorbereiteten. Die Angreifer wurden in
die Flucht geschlagen, wobei 5 Personen verwundet wurden.

Spanien: Anarchistische Attentate.

Nach einer Habasmeldung aus Barcelona verhaftete
die Polizei in einem Kaffeehaus sechs Mitglieder des roten
Eyndivisions von Valencia, die an mehreren Attentaten der
letzten Zeit in jener Stadt beteiligt gewesen sein sollen,
darunter an dem, dem der Gouverneur von Barcelona
zum Opfer fiel. Als vier dieser Verhafteten zum Gefängnis
gebracht werden sollten, wurde der Transport an einer
einsamen Stelle überfallen. Die Wachmannschaft wies den
Angriff ab und tötete drei der Gefangenen; der
vierte wurde schwer verletzt. — Im Laufe der letzten Tage
wurden weitere syndikalistische Attentate verübt. Dabei wur-
den zehn Personen getötet und mehrere verletzt.

Reichsgräfin Gisela

Woman von G. M. M. M.

(44 Fortsetzung)

„Ich kann dir nicht helfen, liebes Kind, das An-
glick ist nun einmal geschehen, und du wirst dich trösten
müssen,“ sagte er in seiner ganzen tatsächlichen Ruhe
und Diplomaten gleichgültigkeit. Er warf auch nicht
einen Blick auf das Gesicht, das die Gräfin Schlieren in
den Händen hielt, während der Fürst die Frucht des
Steines bewunderte. „Uebrigens können mir diese Re-
benduhler weiter nicht gefährlich werden,“ fuhr er mit
einem leichten Achselzucken fort. „Der Oliveira ver-
wahrt sie, wie es scheint, als Kuriosum, und da er

sie nicht selbst tragen kann, so werden sie schwerlich den
alten Weg wieder kreuzen.“

Sie wandte ihm zornig den Rücken. So wie sie ihn
kannte, war er trotz seiner ausgezeichneten Nase in
diesem Augenblick furchtbar erregt. Deshalb zeigte er
seine gerechte Empörung nicht und behandelte im Ge-
gentheil den abscheulichen Betrug wie eine Kindererei?
„Schöne Eisenkönigin, Sie haben nun erreicht, was
Sie so lebhaft wünschten,“ sagte der Fürst zu der sich
tief verbeugenden Baronin Fleury, während Oliveira
den Koffer schloß. Er sprach halb scherzend, zum Teil
aber auch mit ziemlich ernstem Nachdruck: „Ich will
hoffen, daß das Ergebnis nicht nachteilig auf die Daune
gewirkt hat, meine Gnädigste... Und nun wollen wir
sehen, was die Büfette enthalten,“ wandte er sich an
seine Gäste. „Dann mag Herr von Oliveira seine inter-
essante brasilianische Geschichte erzählen, vorausgesetzt,
daß uns die heimtückischen Wölken da oben nicht we-
der die Fackeln auslöschen.“

Das Gewitter war allerdings im Anzuge. Auf dem
Wasserspiegel des Sees, der bis dahin glatt und unbe-
wegt jedes Lichtlein widergestrahlt hatte, häuften jetzt
Feuerfunken — ein schwaches, kaum hörbares Säuseln
zog durch die Waldwipfel und das Fackelsicht, das fer-
zengerade in die Höhe gestiegen war, fladerte beun-
ruhigt.

Alle diese drohenden Anzeichen wurden vergessen
über dem verlockenden Anblick der Champagnerflaschen,
dem Gläserklirren und den begeisterten Hochs, die dem
Durchlauchtigsten Festgeber gebracht wurden.

Gisela hatte es abgelehnt, dem Fürsten an das
Büfette zu folgen. Sie hoffte, jetzt den günstigsten Mo-
ment zu finden, wo sie entfliehen konnte, aber wie
täuschte sie sich. Frau von Herbed wach und wachte
nicht von ihrer Seite.

Run hatte sie das junge Mädchen auf eine Wand
gedrückt, die hart an den Saum des Waldes ließ, und
von der aus man den ganzen Festplatz bequem über-
sehen konnte.

Gisela legte müde wie ein krankes Kind den Kopf
an die Banklehne. Eine rauschende Musik scholl
über und verschlang die Fortsetzung der geistreichen
Unterhaltung... Wie elend und verlassen fühlte sich
diese junge, mit sich selbst ringende Seele... Sie
hatte vorhin schweigend die häßliche Bemerkung der
Stiefmutter hingeworfen, sie war des Kampfes müde
und schließlich war es ihr sehr gleichgültig, was die
Welt von ihr dachte...

Sie wollte nichts mehr sehen und lehnte den Kopf
zurück. Aus dem Dickicht kam ein Zweig herüber und
legte seine breiten kühlen Blätter schmelzend auf ihre
flatternde Stirn. Sie schloß die brennenden Augen,
aber im lächeligen Aufschreien hob sie sofort die Wimpern
wieder...

Der Portugiese stand hinter ihr und rief ihren
Namen. Sie blieb regungslos, wie versteinert ihren
— es war seine Stimme, allein wie erschütternd ver-
ändert klang sie!...

„Gräfin, hören Sie mich?“ wiederholte er lau-
ter, während gewaltige Akkorde von drüben her er-
brausten.

Sie neigte langsam den Kopf, ohne ihm das Ge-
sicht zuzuwenden.

Der Portugiese trat dicht an die Bank heran und
bog sich zu dem jungen Mädchen nieder.

„Sie machen es nicht besser, als die Leute da
drüben, Gräfin,“ sagte er mit gedämpfter Stimme. „Sie
lassen sich durch die rauschende Musik betäuben und ver-
gessen, daß der Gewittersturm in seinen Anfängen be-
reits durch die Wipfel fährt... Er hielt inne...
„Wollen Sie wirklich abwarten, bis der Regen nieder-
stürzt?“ fuhr er bringender fort, nachdem er vergeblich
auf einen Laut von ihren Lippen gewartet hatte.

„Ich kann nicht gehen, ohne wenigstens Frau von
Herbed zu benachrichtigen“, entgegnete sie. „Sie würde
mich jedenfalls auslachen, wollte ich ihr den Grund
angeben. Sie sehen selbst, man glaubt allgemein nicht
an einen Ausbruch des Gewitters.“

„Sie haben recht, dort will man nicht an das
Gewitter glauben, das in den Wästen hängt,“ sagt
der Portugiese gebrüht; „aber es werden Blitze ab-
schleusen.“ Er unterbrach sich und bog sein Ge-
sicht abermals so tief zu der jungen Dame nieder,
daß sie seinen Atem leicht an ihren Wangen spürte
sen fühlte. „Gräfin, fahren Sie nach Ihrem Willen
Gretensfeld zurück!“ flüsterte er weich und bittend. „Ich
weiß es, die schwarzen Wölken da oben haben auch
einen Blitz für Sie!“

(Fortsetzung folgt)

Spartakus Reinhardtsgrimma.

Nächster Expeditionstag: Mittwoch den 26. Januar.

Beste Nachrichten.

Beschlagnahme eines polnischen Waffentransportes.

Kpbnik, 22. Jan. Der „Oberhessische Wanderer“ mel-
det: Gestern vormittag gegen 5 Uhr ist drei Kilometer südlich
Kuppen ein polnischer Waffentransport bei einer Streife der
Abteilungspolizei beschlagnahmt worden. Die sechs Be-
gleiter, alles bekannte Polen aus Kalkowitz, sind entflohen.
Amlich gibt die interalliierte Kommission hierzu bekannt:
Heute wurden bei Kpbnik durch interalliierte Truppen und
die Abteilungspolizei folgende Waffen beschlagnahmt:
13 Maschinengewehre, 20 Revolvere, 140 Akten mit
56 000 Schuß Munition, 100 Handgranaten und 101 Wurf-
granaten.

Ein interessantes Geständnis.

Rautsky spricht Deutschland von der Kriegsschuld frei.

Berlin, 21. Jan. In den Mitteilungen der deutschen
Liga für Völkerverständigung es Generallieutenant v. D. Graf
Montgelas, daß Rautsky in seiner Schrift „Deutschland und
Wilhelm II.“ nunmehr zugestimmt, daß er der deutschen Re-
gierung früher unrecht getan habe, und daß er nach Ein-
sicht der Akten seine frühere Ansicht nicht aufrecht erhalten
konne. Deutschland habe nicht planmäßig auf den Weltkrieg
hingearbeitet und ihn schließlich zu vermeiden gesucht.

Selbsthilfe Tirols in der Anschlussfrage?
Innsbruck, 22. Jan. Der Tiroler Landtag beschloß, daß falls die Bundesregierung die Frage des Anschlusses an Deutschland nicht bald erörtert, Tirol allein die Abstimmlung durchführen sollte.

Sächsisches.
Rieznitzschachwitz. Der Gemeinderat beschloß, die Hundesteuer im Jahre 1921 auf das Fünffache zu erhöhen. Von der Erhöhung der Katzensteuer nahm man Abstand.

Meißen. Der Rat der Stadt plant die Ausgestaltung der außer Gebrauch gebliebenen kleinen Nikolaikirche zu einer Gedächtnishalle für die im Weltkrieg gefallenen Söhne Meißens. Dieser Plan ist sofort von der Porzellanmanufaktur aufgegriffen worden. Die Aufgabe war zunächst, ohne wesentliche Werte des alten Kirchleins zu schädigen, die Rahmen der 1200 für das Vaterland gefallenen Soldaten zu verewigen. Die Nikolaikirche besteht aus Hauptschiff und hohem Chor und enthält Kanzel, Empore und Bänke, die, um die Wirkung des Denkmals nicht zu beeinträchtigen, entfernt werden müßten. Man hat sich für große Gedächtnistafeln entschieden, die, zwölf an Zahl, 2,50 hoch und 3 bis 5 Meter lang die Wände schmücken und die Namen der Gefallenen enthalten sollen. Den Gedenktafeln wird eine Stufe vorgelegt, die sich zum Niederlegen von Kränzen eignen wird. Wenn dieser edle und schlichte Entwurf ausgeführt wird, erhält Meißens ein Denkmal, das einzig in seiner Art und für die Porzellanstadt charakteristisch ist.

Kadeberg. In der ersten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde von bürgerlicher Seite der bereits im Juli vorigen Jahres eingebrachte Antrag, in dem der Rat ersucht wird, daß dem bürgerlichen Teil des Kollegiums eine feiner zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung im Rat gesichert wird, erneut auf die Tagesordnung gesetzt und ferner gewünscht, daß dieser als letzter Punkt angelegte Antrag zuerst behandelt wird. Als dies von sozialdemokratischer Seite abgelehnt wurde, verließen die bürgerlichen Mitglieder unter Protest den Saal und lehnten jede weitere Mitarbeit ab. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Gittersee. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Rat zu Dresden seine Geneigtheit zur Einverleibung zu erkennen zu geben und beantragte seine Ausschüsse mit der Vorbereitung diesbezüglicher Maßnahmen.

Oberwiederstedt. Zum Hauptmann des Meißener Krieger- und Militärvereins wurde der Knappschafmeister und kommunalistische Kreisabgeordnete Karl Schmidt wiedergewählt.

Pulsnitz. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich hier. Der Webstuhlmeister Seifert aus Bollung geriet bei der Reparatur eines Webstuhls in die Transmission. Da zur Zeit des Unfalls niemand zur Stelle war, ist der Vorgang noch unaufgeklärt, insofern konnte ihm auch nicht sofort Hilfe zufließen. Man fand ihn später in schrecklichem Zustande im Getriebe hängen. Der Tod scheint auf der Stelle eingetreten zu sein. Der Verunglückte war verheiratet und hinterläßt mehrere erwachsene Kinder.

Reusstadt. Das 17. Elbgau-Gängerfest soll in diesem Jahre in Reusstadt abgehalten werden. Besorgnisse herrschen fernerzeit wegen der Errichtung einer Festhalle, und innerhalb der Bundesleitung sowohl als auch des Hauptauschusses hatte man schwere Bedenken. Dieser Sorge ist man nun ledig. In einer am Mittwochabend abgehaltenen Sitzung des Hauptauschusses beschloß man, den Bau der Halle einer Leipziger Firma zu übertragen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die einzelnen Arbeitsprogramme an die Unterausschüsse verteilt, jedoch nunmehr mit ganzer Kraft an die Vorbereitung des Festes herangegangen werden kann.

Herrnhut. Beiräthliche Zugverspätung durch einen Ochsen trat hier auf der Zittau-Herrnhuter Linie ein. Ein 13 Zentner schwerer Ochse sollte von Ruppertsdorf nach Ebbau transportiert werden, wo ihn ein Fietzler gekauft hatte. Unterwegs rief er sich los, stürzte auf das Bahngleis und wurde von der Maschine des eben daherkommenden Zuges erfaßt und eine weite Strecke mit fortgeschleift. Er hatte dabei tödliche Verletzungen erlitten, und es dauerte eine Zeit, um das Tier aus seiner Lage zu befreien.

Zittau. Die Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes hat die Vertreterversammlung der Zittauer Allgemeinen Ortskrankenkasse einstimmig beschlossen. Die Baukosten werden einschließl. der Inneneinrichtung mindestens 2 Millionen Mark betragen. Die Stadt hat sich bereit erklärt, einen passenden Geländeblock von 40 Meter Straßenfront und 70 Meter Tiefe in der Nähe der höheren Weidhale zum Selbstkostenpreis an die Kasse abzugeben. In das Gebäude selbst, das aus Parterre, zwei Obergeschossen und Mansarde bestehen wird, sollen auch Wohnungen eingebaut werden, am die Reichszuschüsse für Wohnungsbau in Anspruch nehmen zu können. Weiter ist auch die Einrichtung einer eigenen Zahnklinik vorgesehen. Die Kasse zählt jetzt 11500 Mitglieder.

Werdau. Zum 1. Vorstehenden des Stadtverordnetenkollegiums wurde Schriftführer Roth, zum 2. Vorstehenden Oberlehrer Freitag gewählt.

Zwidau. In den letzten zwei Jahren sind hier ein Holz, zwei Goldlöcher und vierzehn Gastwirtschaften eingegangen. — Im Nachbarort Müßen St. Jacob wurde auf der Rad-Grimsdorf aus Zwidau ein Arbeiter angehalten und im Beilge von Epigen u. dergl. im Werte von 1200 M. gefunden. Es stellte sich heraus, daß er die Ware in einer fleißigen Spitzweberei, wo er beschäftigt ist, gestohlen hatte. — Der Zwidau-Oberhöndorfer Steinlohlenbauverein hat in den Monatskassensitzungen seiner Schächte I und II prächtige Ehrentafeln mit den Namen der 158 im Weltkrieg gefallenen Kameraden dieser Belegkassen anbringen lassen.

Oberlungwitz. Auf Antrag der Weidhalskollektion bekräftigte sich der Gemeinderat mit der Einführung des kommunalen Bestattungswesens, wodurch unsere Gemeinde mit einer jährlichen Ausgabe von 100000—120000 M. belastet würde. Eine Kommission wurde mit den Vorarbeiten beauftragt.

Möbel

fabrik **Max Trips**
Inhaber: **Albin Wauer**
Dresden-N., Königsbrücker Str. 56

Ausstellung von ca. 250 Musterzimmern in jeder Preislage und für jeden Geschmack.

2000 Mt.
auf sichere Hypothek werden gesucht. Anfragen unt. „E. R. 100“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Mädchen,
welches Ostern die Schule verläßt, wird in die Landwirtschaft gef. Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Weinflaschen
kauft
Max Hofert, Ripsdorf
Zahl 50—60 Pf. pro Stk.

Prima
Schweinefleisch, 15 M.,
Margarine, 14 M.,
Kangaroo-Fleis, 3,80 M.,
Goldbrot, 3,80 M.
empfiehlt
Bruno Hamann, Altendurg, Str.

Bruchkranke
können auch ohne Operation u. Berufstätigkeit geheilt werden. Nächste Sprechstunde in Dresden, Rätichstraße 29, bei Paul, am 1. Februar 1921 von 10—1 Uhr
Dr. med. Laabs,
Spezialarzt für Bruchleiden.
Berlin W 85, Potsdamer Str. 102.

1 schw. Anzug,
wie neu, passend für Konf., zu verkaufen
Überdorf 1 d.

Ein Paar fast neue
Herrenschuhe,
Größe 41, zu verkaufen. Näh. in der Geschäftsstelle.

Kauffunger
Weiß-Stückfall
frisch eingetroffen.
H. Krumpolt,
Schmiedelehrling-Schmiedeburg.

Einen Zuchthahn
(Häl.) verkauft oder tauscht gegen gute Gehehne
Gut Nr. 24 Niederfrauendorf.

Christlich, fleißiges
Hausmädchen
sucht sofort
Restaurant **Hidmann,**
Gewerbeverein
Morgen Dienstagabend in der „Reichskrone“
öffentlicher Lichtbildervortrag.

Gasthof zum Erbgericht
Höfendorf.
Mittwoch den 26. Januar 1921
großes
Karpfen-essen
mit feinem Ball,
wozu ergebenst einladen **Emil Oppelt und Frau.**

Nach dreiwöchiger Quarantäne verkaufen wir bei uns ab
Mittwoch den 26. Januar

50 Stück Original-Ostfriesische tragende Milch-Schafe
zu billigsten Preisen.
Hainsberg. Emil Kästner & Co.
Fertigf. Deuben 296.

Margaretha Kraßmann
geb. Benedix
Arthur Tennert
Kaufmann
geben hiermit ihre Verlobung bekannt
Dippoldswalde, Herrngasse 124 Dresden-A., Eisenstrasse 19
Januar 1921

Frauen-Verein
Dienstagabend 8 Uhr
Café Sahn.

Empfehle
Koffees,
frische, selbstgeröstete
Kaffees, Kakao
in verschiedenen Preislagen
Otto Feller,
Herrngasse 100.

Zu verkaufen:
Kompl. Deden-
beleuchtung mit Birnen,
Preis 150 M.
Zu erfahren in der Geschäftsstelle.

Mittelstarkes
Arbeitspferd
aufs Land passend
zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Für die zahlreichen Geschenke und Kartengrüße zu unserer Hochzeit danken wir herzlich.
Hennersdorf.
Arno Mäder
und **Frau Milda,** geb. Träger
zugleich im Namen unserer lieben Eltern.

Laubholz-Versteigerung.
Es sollen Donnerstag den 27. Januar nachmittags 2 Uhr in Weindig's Restaurant in Reinhardtgrimmna
6,23 Festmeter **Birnen-**
11,26 " **Birken-**
15,4 " **Eichen-**
1,84 " **Erlen-, Ah.-**
Röße
gegen Barzahlung versteigert werden. Die Holzgründe sind im Pfarrwald in der Nähe der Straße von Reinhardtgrimmna nach Krelshaus aufbereitet.
die Pfarrwaldverwaltung Reinhardtgrimmna.

Mein
Inventur-
Ausverkauf
beginnt
Dienstag den 25. Januar
Meiner werten Kundschaft sind ganz besondere Vorteile geboten.
Modehaus
Carl Marschner

Jagdverpachtung.
Die Jagd im Jagdbezirk Oberhäslich und Reindberg, ziele 728 Ader soll
Sonntag den 12. Februar 1921 nachm. 4 Uhr
im Gasthof Oberhäslich
öffentlich, im Wege des Meistgebots, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bistanten und der Ablehnung sämtlicher Gebote auf die Zeit vom 1. September 1921 bis 31. August 1922 verpachtet werden. Von Pachtbewerbern wird verlangt, ihre Gebote bis zum 10. Februar beim Unterzeichneten schriftlich einzureichen.
Gustav Seidler, Jagdverpächter.

Grundstück,
welches sich für Bestattungszwecke eignet, mit oder ohne Inventar zu kaufen oder pachten gesucht. Ang. in jeder Höhe. Offerten erbeten an **Gelefer, Ripsdorf.**

Sängerchor des Militärvereins.
Dienstag den 25. Januar
Singstunde.
Gesellschaften aller Art dringend nötig
D. S.